

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

25.3.1902 (No. 83)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 25. März.

№ 83.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gepaltene Pottzelle oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unerlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unierer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1902.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 8. März d. J. gnädigst geruht, dem Steuerkontrollleur Sebastian Roth in Offenburg den Titel Obersteuerkontrollleur zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Orientpolitik.

Sturmzeichen.

Wien, 23. März. In einem uns aus Cattaro zugehenden Berichte wird die Lage in Ober-Albanien als eine sehr ernste gekennzeichnet. Die große Erregung, welche im Sandshak Ipek durch die Ermordung des Albanerführers Mollah Zekka hervorgerufen wurde, hat sich noch immer nicht gelegt und es herrscht nicht nur unter der mohamedanischen, sondern auch in der christlich-orthodoxen Bevölkerung dieses Distriktes Gährung. Die türkischen Behörden sind der Ansicht, daß Montenegro diese Bewegung durch Verteilung von Waffen, und zwar von alten russischen Verdan-Gewehren, die aus der Gegend von Andrijevics in die Türkei eingeschmuggelt werden, unterstützt. Auch im Vilajet Scutarie ist es der türkischen Regierung nicht gelungen, die Ruhe herzustellen. Der vollständig katholische Distrikt Mirdita sei seit einiger Zeit wieder in vollem Aufbruch, während sich in dem an Montenegro grenzenden Gebiete der katholischen Malisforen, wie behauptet wird, neuerdings montenegrinische Einflüsse bemerkbar machen. Sie immer bei solchen Gelegenheiten, ist auch jetzt ein stärkerer Zuzug von Malisforen nach dem montenegrinischen Podogrica fühlbar, wo diese Leute von einem Vertrauensmann des Fürsten Nikolaus, dem kürzlich zum Wojwoden der türkischen Malisforen ernannten Sokol Baci, im Auftrage des Fürsten Gesandte erhalten. Die Mohamedaner in Montenegro und Albanien verfolgen diese Vorgänge mit wachsendem Mißtrauen.

Sofia, 21. März. Ueber das Treiben des früheren Präsidenten des macedonischen Centralcomités, Boris Sarafow, welcher nach seinem Prozesse vor dem Schwurgerichte in Sofia bald da, bald dort auftaucht, zirkulieren hier die abenteuerlichsten Geschichten. Boris Sarafow hat sich zweifellos die Mehrheit seiner Anhänger unter den Macedonien in Bulgarien zu bewahren verstanden. Sarafow hatte bei der Uebergabe der Leitung weder Geld, noch ein Archiv, noch Waffenvorräte ordnungsgemäß abgegeben; dann scheint es fast vollständig festzustehen, daß sein Anhang einen Theil des Erlöses aus der zweifellos für revolutionäre Zwecke ins Werk gesetzten Affaire der Miß Stonezoga, von der Wiederholungen in neuen Formen geplant sein sollen. Zugleich unterhält die Sarafowpartei unangenehme Beziehungen zu Macedonien, welche die dortige christliche Landbevölkerung unter dem Titel von Beiträgen für die „patriotische Befreiungssache“ brandzuschagen. Es ist eine Thatsache, daß jetzt öfter Einfallsbanden aus Bulgarien nach Macedonien abgehen. Ferner ist festgestellt, daß es kürzlich einer etwa zwanzig Köpfe zählenden, unter dem Befehle eines Offiziers stehenden Bande, nach Macedonien zu dringen, gelungen ist.

Athen, 20. März. Wie der „Agon“ meldet, sollen im Distrikte von Tepelen im Verlaufe eines Monats nicht weniger als vier und zwanzig Morde und außerdem viele Raubthaten vorgekommen sein. Die Lage im Vilajet Scutari sei so ungünstig, daß der Wali, Schakir Pascha, sich veranlaßt sah, bei der Pforte telegraphisch um einen Nachschub von vier Bataillonen Infanterie anzusuchen. — Anderen Blättern wird berichtet, daß kürzlich in Seres im Hause eines angesehenen Bulgaren eine Durchsuchung seitens der Polizei vorgenommen wurde, wobei man zahlreiche Flugchriften des bulgarisch-macedonischen Comités und nicht unerhebliche Quantitäten von Dynamit und Pulver, sowie zahlreiche Mäuser-Gewehre gefunden habe. Ferner soll in Seres ein Agent Boris Sarafow's für die Anwerbung bulgarischer Freischärler verhaftet worden sein. — In Larissa ist eine briefliche Meldung aus Kastoria (Macedonien) eingetroffen, wonach in dem einhalb Stunden von Kastoria entfernten, vorwiegend von Bulgaren bewohnten Dorfe Sistonio eine Bande von 30 Bulgaren erschienen ist. Die Behörde von Kastoria ließ das Dorf durch Militär umzingeln und es kam zu einem Gefechte, wobei zwei türkische Soldaten und vier bulgarische Freischärler fielen.

Ferner soll eine bulgarische Lehrerin, die Tochter des bulgarischen Ortsgeistlichen, getödtet worden sein. Auf die Anfrage des Gouverneurs von Kastoria, ob das Dorf Sistonio angeblich ein Hauptquartier der bulgarisch-macedonischen Bewegung, niedergebrannt werden sollte, entschied der Wali von Monastir, daß dies zu unterlassen sei, ordnete aber viele Verhaftungen der Ortsbewohner an. Es wurden dann fünfzig Verhaftungen vorgenommen.

Konstantinopel, 21. März. Die der Pforte in jüngster Zeit von einigen Vertretern der Großmächte in Betreff des Vorgehens in Macedonien erteilten Rathschläge hatten einerseits die Entfaltung ausreichender Machtmittel behufs wirksamer Grenzüberwachung und Hintanhaltung des Umsichgreifens etwaiger Unruhen, andererseits eine nachdrückliche Anweisung der türkischen Behörden zum Gegenstande, daß bei der Unterdrückung und Abhandlung von Ordnungstörungen ohne Härte vorzugehen sei, damit nicht der augenscheinlich auf Herausforderung türkischer Ausschreitungen abzielenden Propaganda in die Hände gespielt werde. In diplomatischen Kreisen wird betont, daß die Thätigkeit der Mächte sich selbstverständlich nicht auf die Türkei beschränke und daß die türkische Zirkularnote mit dem Ersuchen um Behätigung des Einflusses der Mächte in Sofia eine mehrfach bereits gethane Arbeit betreffe.

Die Besteuerung der Waarenhäuser und Konsumvereine.

SRK, Dresden, 23. März.

Ein auf dem letzten Landtage vom Vizepräsidenten Dpitz und 57 Abgeordneten gestellter Antrag, betreffend Sonderbesteuerung der Großbetriebe und Konsumvereine, ist damit begründet worden, daß auf diesem Gebiete etwas geschaffenes werden müsse wegen des Vorgehens anderer Staaten und weil die Regelung auf dem autonomen Gebiete der Gemeinden Schwierigkeiten begegne. Die Zweite Kammer hatte gegen 10 Stimmen, die Erste Kammer einstimmig den Antrag angenommen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der durch eine stärkere Heranziehung solcher gewerblichen Betriebe, die durch Konzentration des Detailhandels mit verschiedenen Waarengattungen oder durch eigenartige, augenscheinlich auf einen Eingriff in den Umsatz des Kleinbetriebes bedingte Maßnahmen sich besondere Vortheile verschaffen, zu den Gemeindesteuern den Schutz und die Entlastung des mittleren und kleinen Gewerbetriebes erstrebe. Die Königl. Regierung hat dem Antrage insofern stattgegeben, als sie dem gegenwärtig tagenden Landtag eine sehr umfangreiche Denkschrift zugehen ließ, die jedoch von der Zweiten Kammer der Gesetzgebungsdeputation zur Berücksichtigung überwiesen worden ist. Die zögernde, vorsichtige Haltung der Regierung auf diesem schwierigen Gebiete hat zwar nicht die Billigung der damaligen Antragsteller gefunden, schließlich ist aber die Ueberweisung an die Deputation doch einstimmig erfolgt. In Sachen liegt, wie die von der Regierung vorgelegte Denkschrift ausführt, die Sache z. B. so, daß die Gemeinden bei richtiger Auslegung der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen jetzt schon in der Lage sind, durch ihre Anlagen-regulative sowohl die an ihrem Orte befindlichen Filialen auswärtiger Geschäfte, als auch die am Orte bestehenden Hauptniederlassungen samt deren dort befindlichen Filialen mit einer besonderen Gewerbesteuer zu treffen. Zudem haben von den 620 Gemeinden mit über 1000 Einwohnern im ganzen nur 30 Ortsregulative der hier besprochenen Art erlassen. Mithin entfällt erst auf je 20 solcher Gemeinden, die von einer Sondersteuer für Kleinhandels-Großbetriebe absehen, 1 Gemeinde, die eine solche Sondersteuer bei sich einführt. Manche der ergangenen Regulative sind mangels Bedürfnisses hinterher wieder aufgehoben worden. Andere Gemeinden setzten die Steuer bald von 2 Proz. auf 1 Proz. herab. Obwohl das Ministerium des Innern in der Verordnung vom 6. Mai 1897 ausdrücklich „vor einer unterschiedslosen und zu weit gehenden Anwendung der Umsatzsteuer“ warnte und im Einzelfalle sorgfältig zu erwägen rieth, „ob nach den örtlichen Verhältnissen die Umsatzsteuer oder eine andere Besteuerungsart angezeigt erscheine“, haben doch alle 30 Gemeinden ausschließlich die Umsatzsteuer angewendet. Mit Recht nennt es die Regierung denkschriftlich auffallend und mit der bei dieser Steuer zumeist aufgestellten Lösung „Schutz und Förderung des Mittelstandes“ schwer vereinbar, daß keines der 30 Ortsregulative über die Verwendung des Ertrages der Umsatzsteuer Bestimmung trifft, wie dies das preussische Gesetz zum Besten der kleineren Gewerbetreibenden thut. Die Verwendung des Ertrages im allgemeinen Ortsinteresse, mithin zur Entlastung aller, auch der wohlhabendsten Steuerzahler, läßt sich schwerlich rechtfertigen. Daß die Denkschrift der Regierung auf tiefgehende Mängel in der Organisation des Kleinbetriebes und auf die Nothwendigkeit sachgemäßer Selbsthilfe offen hinweist, kommt den Befürwortern der Sonderbesteuerung nicht gelegen, insbesondere die seiner Zeit vom Staatsminister v. Meißel ausgesprochene Anschauung „das Kleingewerbe hat seinen größten Feind im eigenen Lager, das ist die übertriebene Konkurrenz, und gegenüber dieser Konkurrenz möchte anzurathen sein, daß die Kleinwerbetreibenden sich genossenschaftlich zusammenschließen“. Herr v. Meißel mußte sich auch in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 19. d. M., die sich mit der Denkschrift befaßte, gegen die Unterstellung von konservativer Seite wehren, daß er heute anders über diese Frage sich äußere, als am 19. April 1900. Seine Ansichten über die zweifelhafte Mittel, die von den Gegnern der Waarenhäuser empfohlen werden, erscheinen uns so wichtig, daß wir sie — soweit sie auch außerhalb Sachsens interessiren dürften — hier wörtlich folgen lassen. Der Minister sagte u. a.:

Die Regierung ist über die Mittel und Wege, die in dem Antrage (des letzten Landtags) anheim gegeben worden sind, über die Richtigkeit der Beschaffung dieser Wege nicht allenthalben mit den Aeußerungen, wie sie auch heute wieder in der Kammer vorgeführt worden sind, im Einverständnis. Sie wollen also, meine Herren, um das kurz zu sagen, Sie wollen die Waarenhäuser und die hauptsächlich gesteuerte zweite Kategorie, Sie wollen die Konsumvereine immerhin in ihrer Rentabilität nach gewisser Richtung beschränkt wissen, um mit Hilfe dieser Beschränkung auf der anderen Seite dem Kleinhandel und Kleinbetriebe einen nachtheiligen Einfluß auf den Kleinbetrieb ausüben kann, aber sie ist nicht der Ansicht, daß diese Schädigung eine vernichtende, eine Schädigung ist, die überhaupt darnach angethan sein kann, den Kleinhandel einfach zu ruinieren; abgesehen davon aber, meine Herren, stellen wir hier die Frage an die Spitze: Ist man genügend fundirt, Betriebsarten, die nach allgemeiner Ansicht nicht als verwerflich zu bezeichnen sind, die vielmehr wirtschaftlich ihre große Bedeutung haben, überhaupt in ihrer Rentabilität anzutasten? Das ist die Prinzipalfrage, meine Herren. Lassen Sie mich nur mit zwei Worten bei den Waarenhäusern stehen bleiben. Es ist in der Denkschrift in genügender Weise ausgeführt worden nach meiner Ansicht, daß die Waarenhäuser, in solcher Weise betrieben, einen Anstoß überhaupt nicht nach irgend welcher Seite eigentlich verursachen können, und daß in deren Betriebsart auch manche Vortheile, und greifbare Vortheile, für das laufende Publikum enthalten sind. Es ist aber weiter wiederholt und auch von meiner Seite ausgesprochen worden, daß die Regierung an dem Bestehen der Konsumvereine einen Anstoß nicht nehmen kann, sondern sie steht sogar auf dem Standpunkte, daß die Konsumvereine nach vielfacher Richtung gut wirken, und daß sie im Interesse der Arbeiterschaft, des Arbeiterstandes eine Institution sind, die zu erhalten man alle Veranlassung hat. Das ist das Positive, das ich mir nur erlauben wollte anzugeben, was an und für sich für diese beiden Arten der Großbetriebe anzuführen ist, zu Gunsten derselben. Wenn nun gleichwohl, meine Herren, man sich über diese Vortheile hinwegsetzen wollte, so ist die Frage noch eine sehr zweifelhafte, ob, wenn wir eine Besteuerung dieser Betriebe beschließen, wir überhaupt einen greifbaren Erfolg erzielen, einen Erfolg nach der Richtung, daß wir hauptsächlich die Nothlage der Kleinbetriebe aus der Welt schaffen. Aber es ist doch hauptsächlich auch noch darauf hinzuweisen, daß, so lange die Waarenhäuser bestehen, trotzdem die Kleinbetriebe nach der Statistik in der Hauptsache prozentual gewachsen sind, sie sind nicht aus der Welt geschafft worden, sie sind fortwährend steigend. Es ist weiter, meine Herren, bezüglich der Konsumvereine ganz ausdrücklich Konsumvereine an Mitgliederzahl stets gewachsen sind, und auch gegenüber der Besteuerung, die andererseits bereits beliebt worden ist. Also ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, meine Herren, daß es zum mindesten sehr zweifelhaft ist, ob wir irgend einen Erfolg erzielen nach der Richtung, wie Sie ihn erzielen wollen, wenn wir diese Besteuerungsmodalität nach einer oder der anderen Richtung belassen.

Herr Staatsminister v. Meißel kam Namens der Königl. Regierung zum Schlusse, der Kammer die Regelung der Angelegenheit auf legislativem Wege zu widerrathen und die weitere Ausbildung der Sache, so weit es angezeigt erscheint, auf dem Wege der Gemeindeautonomie zu begünstigen. Ausdrücklich und mit starker Betonung wies der Herr Minister darauf hin, daß es der Regierung sehr bedenklich erscheint, eine Maßregel der Regierung sehr bedenklich erscheint, eine Maßregel anzunehmen und in die Wege zu leiten, von der sie wenigstens im voraus überzeugt ist, daß sie gerade nach der Richtung, wo sie wirken soll, nicht wirkt und er erklärte weiter, daß es ihm nicht räthlich erscheint, den wirtschaftlich Stärkeren — das sind also die Inhaber von Großbetrieben — schwächen zu wollen zu Gunsten der

